

„Unausgegorenes Rassehundegesetz“

Innenressort in Sömmerda vor Ort/Gespräche u.a. bei der Freiwilligen Feuerwehr und in den beiden Tierheimen

Einen dicht gedrängten Arbeitstag mit Informationsgesprächen in Sömmerda hatten kürzlich die Landtagsmitglieder der LINKEN aus dem Kommunal-, Innen- und Justizbereich.

Solche „Vor-Ort-Sitzungen“ sind nichts Außergewöhnliches. Vierteljährlich nutzt das Gremium die freie Sitzungswoche nach dem Plenum, um in den Regionen Thüringens mit Vereinen, Institutionen und kommunalpolitisch Verantwortlichen ins Gespräch zu kommen. Dabei sind ihnen der Austausch über die Landesgesetzgebung und die damit verbundenen praktischen Auswirkungen besonders wichtig. Anregungen und Hinweise können unmittelbar umgesetzt werden u.a. durch Vorschläge für Gesetzesvorhaben oder Anfragen an die Landesregierung.

An diesem 22. November stand zunächst ein Gespräch bei der Sömmerdaer Wohnungsbaugesellschaft auf dem Programm. Dabei ging es um die wirtschaftliche Lage des Unternehmens unter besonderer Berücksichtigung der nach wie vor drückenden Altschulden, die Entwicklung des Mietpreises sowie die Investitionsvorhaben in den nächsten Jahren.

Beim Besuch der Freiwilligen Feuerwehr von Sömmerda stand im Mittelpunkt, wie die gesetzlichen Aufgaben im Brand- und Katastrophenschutz unter den schwierigen Bedingungen der geplanten Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich gewährleistet

werden können. Die Kommunalfinanzen waren natürlich auch das Hauptthema beim Bürgermeister Wolfgang Flögel (DIE LINKE). Die Landtagsabgeordneten informierten über die Änderungsvorschläge der Linksfraktion für den Landeshaushalt 2012, die vor allem darauf gerichtet sind, die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten.

MdL Ralf Hauboldt, Mitglied im Stadtrat Sömmerda und Erster ehrenamtlicher Beigeordneter der Stadt, betonte die Notwendigkeit der Fortführung des Projektes „Soziale Stadt“, dies sei überlebenswichtig für zahlreiche Vereine und Verbände im Stadtgebiet „Neue Zeit“ und der Salzmannsiedlung.

Beim Besuch der beiden Tierheime von Sömmerda - des Tierschutzvereins „Am Wasserweg“ und dem Tierzentrum auf der Weißenburg - waren die Probleme ebenfalls augenscheinlich. Die Tierheime sind an der Grenze ihrer Aufnahmekapazität, fast täglich werden Tiere gefunden oder einfach hier abgegeben. Die Kosten wachsen und die Finanzierung wird immer schwieriger. Dabei macht es ihnen das neue Rassehundegesetz - Thüringer Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren - nicht gerade leichter. Jörg Stengler vom Tierzentrum auf der Weißenburg, der selbst als Gutachter im Landtagsinnenausschuss zur Gesetzesanhörung war, sprach von Unausgegorenheiten bei der Durchführung des Gesetzes. ■



LINKE Landtagsabgeordnete aus dem Arbeitskreis Kommunales, Inneres und Justiz (in den Fotos Martina Renner, Sabine Berninger und, unten, der Wahlkreisabgeordnete Ralf Hauboldt) informieren sich in Sömmerda u.a. bei der Freiwilligen Feuerwehr und in den beiden Tierheimen.

Fotos:
Sascha Bilay



Pumpspeicher-Missbrauch

In der Anhörung des Landtags zur geplanten 380 kV-Leitung durch den Thüringer Wald machte der Gutachter der Bürgerinitiative, Professor Jarass, deutlich, dass Pumpspeicherkraftwerke (PSW) Überlastungen des Leitungsnetzes verhindern können. „Ich fordere die Landesregierung bei Planungen des Projektes Schmalwasser auf, die Notwendigkeit einer weiteren 380 kV-Trasse durch den Thüringer Wald nochmals zu prüfen!“, so der Forstpolitiker der LINKEN Tilo Kummer. Es sei „absolut unredlich von Herrn Trautvetter, den Eingriff durch eine solche Starkstromtrasse als Legitimation für sein völlig überzogenes Wintersport-Mammutprojekt am Schneekopf zu missbrauchen“. Dieses bedeute die Rodung von ca. 40 ha Wald und eine massive Schädigung eines europäischen Schutzgebietes.

Die Aufgabe der Ohratalsperre als größte Trinkwassersperrung Thüringens könne zu massiven Versorgungsproblemen führen. Die Talsperre Schmalwasser habe eine geringere Kapazität als die Ohra und verfüge über keine Aufbereitungsanlage. Der Abgeordnete der LINKEN warnt abschließend den Regionalverbund Thüringer Wald, „zu Gunsten des Gigantismus von Herrn Trautvetter die Augen vor der Realität zu verschließen“. ■

Damit bleibt das Trinkwasser akut gefährdet

Als „absolut enttäuschend“ bezeichnete Katja Wolf die Entscheidung des Regierungspräsidiums Kassel am 30. November, weiterhin das Versenken von Kalilauge durch das Unternehmen Kali+Salz zu genehmigen. „Damit bleibt das Trinkwasser akut gefährdet. Mit den Folgen und den unkalkulierbaren Risiken müssen viele Generationen

leben“, warnte die Umweltpolitikerin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Die Abgeordnete erneuerte ihre Forderung nach einer besseren rohstofflichen Verwertung der in der Lauge

enthaltenen Salze. Immerhin sei in den letzten Jahren etwa eine Milliarde Kubikmeter Lauge in den Boden gepresst worden. Diese Lauge wird zunehmend zur Gefahr für die betroffene Gegend.

Eine Bedrohung für das Gerstunger Trinkwasser ist schon heute zu beobachten. Der Plattendolomit sei nachweislich nicht dicht, so Katja Wolf. So trete circa 50 Prozent der Lauge wieder an die Oberfläche. Katja Wolf wies erneut darauf hin, dass es Alternativen zur Laugen-Verpressung gibt. Aller-

dings sei ein stärkeres Herausfiltern der Salzbestandteile aus der Lauge für den Kali-Konzern weniger profitabel. Angesichts der beachtlichen Gewinnmargen von K+S sei es „verantwortungslos, weiter Raubbau zu Lasten der Umwelt zu betreiben, anstatt mehr Geld in einen umweltverträglicheren Abbau zu stecken“.



Übrigens liegt dem Thüringer Landtag jetzt für seine letzte Sitzung in diesem Jahr ein gemeinsamer Antrag aller fünf Fraktionen vor, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, die Grundlagen der Finanzierung der Kali-Altlasten offen zu legen. Dies sei unabdingbar, um künftig objektive Entscheidungen „im Interesse der Finanzierungssicherung der Sanierung ökologischer Altlasten zu ermöglichen“, heißt es in der Begründung des Antrags. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Roma-Abschiebungen beenden

Um einen Abschiebestopp vor allem von Roma in den Kosovo zu erreichen, haben die LINKE und die GRÜNEN dem Landtag einen gemeinsamen Antrag vorgelegt. MdL Sabine Berninger verweist auf einen Bericht des UNHCR, wonach aus Deutschland abgeschobene Familien in hochgradiger Armut am Rande der Gesellschaft leben müssen. „Insbesondere das extreme Wetter im Winter erfordert ein sofortiges Aussetzen von Abschiebungen im Rahmen eines Wintererlasses.“ Mit dem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für ein generelles Verbot von Abschiebungen in den Kosovo sowie für ein Verbot von Abschiebungen von aus dem Kosovo stammenden Menschen in die Republik Serbien einzusetzen. ■

Sicherheitskonzept bei RWE-Spiel

Beim Regionalligaspiel des FC Rot-Weiß Erfurt gegen SV Babelsberg 03 hatte MdL Martina Renner vor Ort das Sicherheitskonzept beobachtet. Immer wieder stehen Fragen der Sicherheit in Stadien in den Gremien des Landtages an - auch Vorwürfe wegen überzogenen polizeilichen Handelns auf der einen Seite und einer überdurchschnittlichen Gewaltneigung andererseits.

„Uns ist daran gelegen, zu beobachten, wie Verein, Fan-Betreuer und Polizei im Rahmen einer Sicherheitspartnerschaft versuchen, ein friedliches Fußballspiel zu gewährleisten“, betonte die LINKE Innenpolitikerin und verwies besonders auf die Frage, „wie der Erfurter Fußballklub mit neonazistischen Hooligan-Gruppierungen wie ‚Kategorie Erfurt KEF‘ und ‚Jungsturm‘ umgeht“. ■

Transparenter JVA-Standortentscheid

Mit Blick auf die Festlegung von vier Bewerberstandorten für die engere Auswahl im Standortverfahren zum Neubau einer gemeinsamen Justizvollzugsanstalt (JVA) der Länder Thüringen und Sachsen, davon zwei in Thüringen, und der öffentlich Kritik an der Auswahlentscheidung forderte Ralf Hauboldt, Justizpolitiker der Fraktion DIE LINKE, von der Landesregierung, „dass das Verfahren absolut transparent und das Ergebnis fachlich fundiert und nachvollziehbar sein muss. Der bisherige Verlauf und die Reaktionen legen nahe, dass dem bisher zum Schaden des Projekts und seiner Akzeptanz leider nicht so ist. Daher müssen die bisherigen Vorgänge dringend unter die Lupe genommen und das Verfahren kritisch begleitet werden“. ■